Marc Szydlik (Hg.)

Flexibilierung. Folgen für Arbeit und Familie

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008

333 Seiten; ISBN 978-3-531-15216-5
EUR 29.90

Beat Fux

Flexibilisierung und Politik im Vergleich west- und osteuropäischer Länder

In: Szydlik (Hg.) Flexibilisierung

Wiesbaden 2008, S. 149-169

Zusammenfassung:

Flexibilisierung birgt einerseits erhöhte Arbeitsmarktrisiken (Prekarisierung), bietet andererseits aber auch Chancen zur Erweiterung individueller Handlungsspielräume. Vor dem Hintergrund dieser Ambivalenz untersuchen wir in diesem Beitrag, wie einerseits politische Akteure und andererseits die Bevölkerung flexibilisierungsorientierte Politiken evaluiert. Es lässt sich zeigen, dass mit Maßnahmen, welche die Flexibilisierung fördern, sowohl system- als auch sozialintegrative und individualisierende Motive verknüpft werden, wobei deren Gewichtung bei beiden analysierten Akteurgruppen in ähnlicher Weise länderspezifisch variieren. In strukturschwächeren Kontexten wird Flexibilisierung eher unter dem Blickwinkel der partiellen Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt (Förderung von Teilzeitstellen) wahrgenommen. Demgegenüber erfahren in den modernisierten Ländern flexible Zeitmodelle eine höhere Wertschätzung. Mit diesen unterschiedlichen Bewertungen korrespondieren die erwarteten und beobachteten Wirkungsweisen. Während in den westlichen Ländern natalistische Effekte weitgehend in Abrede gestellt werden, erhofft man sich im Osten sowohl eine Stimulierung des reproduktiven Verhaltens als auch die Verringerung strukturell erzwungener Erwerbspartizipation und der sozialen Exklusion von Frauen. Demgegenüber kann gezeigt werden, dass fertilitätsfördernde Effekte marginal sind und der Nutzen der Flexibilisierung vor allem in der Optimierung familialen Alltagshandelns zu suchen ist.

Flexibilisierung und Politik im Vergleich west- und osteuropäischer Länder

Beat Fux

1 Einleitung

Die vielerorts zu beobachtenden Trends in Richtung Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse lassen sich zunächst als notwendige Begleiterscheinungen von Globalisierung, Modernisierung und funktionaler Differenzierung taxieren. Diese makroanalytische Sichtweise, welche in wirtschaftssoziologischen ebenso wie in sozialpolitischen Kontexten recht verbreitet ist, thematisiert Flexibilisierung insbesondere als Folge der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Als Bestandteile der so verstandenen Flexibilisierung sind unter anderem die Befristung von Arbeitsverträgen, der Abbau von Arbeitsplatzsicherheit und arbeits- bzw. sozialrechtlichem Schutz zu nennen sowie steigende Erwartungen an die Erwerbstätigen bezüglich deren Bereitschaft zur Leistung von Überstunden, Schicht- und Teilzeitarbeit. Institutionentheoretisch erweitert schließt das Konzept aber ebenso vielgestaltige betriebliche Strategien der funktionalen Flexibilisierung mit ein, wie beispielsweise Jobrotation, Secondment oder Outsourcing.

Für die betroffenen Individuen stellt Flexibilisierung einen grundsätzlich ambivalenten Sachverhalt dar. Im Sinne der partiellen Integration in multiple Teilsysteme birgt Flexibilisierung einerseits die Chance zu vermehrter Individualisierung und Selbstbestimmung. Andererseits geht sie mit einer markanten Erhöhung der individuellen Arbeitsmarktrisiken einher. Sie kann zur zunehmenden Verbreitung atypischer Arbeitsverhältnisse und zu Prekarisierung (z.B. working poor) beitragen und folglich auch als Faktor der sozialen Exklusion bewertet werden (Sennett 1998).

In der sozialpolitischen Debatte setzen vor allem neoliberale Apologeten der Deregulierung den Akzent einseitig auf die Chancen von Optionserweiterungen und leiten daraus positive Effekte auf der Makroebene ab. Allem voran sollen Deregulierungsmaßnahmen (Flexibilisierung) der Umverteilung des Arbeitsvolumens dienen, was sich in einer Verringerung der Arbeitslosigkeit niederschlagen sollte. Diese Effekte sind indes bislang nicht im erhofften Ausmaß eingetreten (OECD 1999: 86). Gleichwohl wäre es voreilig hieraus zu folgern, dass kein Flexibilisierungsbedarf besteht, und dass sich der ‚Erfolg' entsprechender Maßnahmen auf eine Erhöhung der individuellen Arbeitsmarktrisiken beschränkt. Neuere Studien (Seifert 2005) belegen nämlich

durchaus, dass die flexiblere Ausgestaltung von Arbeitsmarktstrukturen einen Beitrag zur Optimierung der Work-Life-Balance leisten und sich folglich mit geschlechter-, familien- und bildungspolitischen Interessen verbinden lässt.

Um die entsprechenden Potenziale abschätzen zu können, gilt es nicht nur die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Debatten (z.B. Flexicurity als Reaktion auf Flexibilisierung; vgl. Keller/Seifert 2000) fortzusetzen. Gerade auch von mikrodatenbasierten und ländervergleichenden Analysen der Zusammenhänge zwischen Einstellungen, Bedarfslagen und der Evaluation einschlägiger Politiken kann ein differenziertes Bild von Funktionen der Flexibilisierung erwartet werden.

Vor diesem Hintergrund gliedern wir diesen Aufsatz wie folgt: Nach einer kurzen Darstellung der verwendeten Datenquellen (2) werden im folgenden Abschnitt der Erklärungsansatz sowie die daraus abgeleiteten Hypothesen erläutert (3). Sodann werden die Befunde diskutiert (4), wobei wir von einer knappen Darstellung der Flexibilisierungspolitiken für Senioren (4.1) respektive Familien auf Basis einer Expertenbefragung (Policy-Delphi) ausgehen (4.2). Bei der Auswertung quantitativer Querschnittsdaten (4.3) konzentrieren wir uns ausschließlich auf die flexibilisierungsorientierte Familienpolitik und insbesondere auf die Frage, wie einschlägige Maßnahmen von der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet werden und welche Wirkungszusammenhänge sich hieraus ermitteln lassen. Ein Fazit schließt den Beitrag ab.

2 Daten

Unsere Analysen basieren auf zwei Datenquellen, die beide im Rahmen des Projekts *DIALOG - Population Policy Acceptance Study - The Viewpoint of Citizens and Policy Actors Regarding the Management of Population Related Change* generiert wurden. Hierbei handelt es sich um ein von der EU gefördertes internationales joint-venture (5. Rahmenprogramm).

Untersucht werden zum einen die Individualdaten der ländervergleichend angelegten *Population Policy Acceptance Surveys (IPPAS 2005)*, welche zwischen 2001 und 2003 in 14 ost- und westeuropäischen Ländern durchgeführt wurden (total n = 35'342, vgl. Tab. 1). Erfragt wurden dort Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel, die Kenntnisse über demographische Trends, das Geburtenverhalten, der Austausch von Ressourcen und Hilfeleistungen zwischen den Generationen, geschlechterspezifische Normen und Rollen sowie die Erwartungen bezüglich bevölkerungsrelevanter Politiken, d.h. die Beurteilung der Rolle des Staates, die Präferenzen für familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen, entsprechende Ausbauwünsche und die Abschätzung möglicher Wirkungen (für detaillierte Informationen vgl. Avramov/Cliquet 2005, 2007).

Die zweite Quelle bildet eine *Delphi Studie*, welche neben den erwähnten Ländern auch in der Schweiz durchgeführt wurde. Jeweils 15 Experten pro Land sollten in vier Befragungswellen schrittweise und unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den vorausgehenden Befragungsrunden eine Vision der zukünftigen Sozialpolitik für ihr Land entwickeln sowie im Verlauf dieses interaktiven Prozesses die tragfähigen politischen Instrumente ausloten und deren Stärken und Schwächen begutachten (SWOT-Analyse). Detaillierte Hinweise zur Konzeption, Methodologie und zu den Befunden finden sich bei Palomba et al. (2005) oder Palomba und Dell'Anno (2007).

Tabelle 1: *Steckbrief: Population Policy Acceptance Surveys (IPPAS 2005) und Policy Delphi*

Land	**Männer 20-49**	**Frauen 20-49**	**Total 20-49**	**Feld**	**Delphi** [a]
Österreich	744	729	1'473	2001	4 * 15
Belgien (Flandern)	1'326	1'499	2'825	2003	4 * 15
Tschechische Rep.	299	332	631	2001	4 * 15
Estland	318	476	794	2003	4 * 15
Finnland	1'202	1'158	2'360	2002	4 * 15
Deutschland (Ost)	655	688	1'343	2003	4 * 15
Deutschland (West)	692	752	1'444	2003	
Ungarn	880	862	1'742	2000/1	4 * 15
Italien	1'764	1'736	3'500	2002	4 * 15
Litauen	394	481	875	2001	4 * 15
Niederlande	585	546	1'131	2002	4 * 15
Polen	1'556	1'729	3'285	2001	4 * 15
Rumänien	444	463	907	2001	4 * 15
Schweiz	-	-	-	-	4 * 15
Slowenien	594	588	1'182	2000	4 * 15
Zypern	535	587	1'122	2001	4 * 15
n	*11'988*	*12'626*	*24'614*		*4 * 225*

Anmerkung: a = Anzahl Experten.

Für die hier vorgestellten Auswertungen der Surveydaten wurden nur Personen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren berücksichtigt. Ferner wurden die Datensätze mit einer Variable gewichtet, welche kleinere Verzerrungen korrigiert (vgl. Avramov/Cliquet 2005). Aus konzeptionellen Gründen werden Ost- und Westdeutschland jeweils als zwei separate ‚Länder' ausgewiesen.

Wir möchten sodann auf die umfangreiche zweibändige Schlusspublikation *People, Population Change and Policies: Lessons from the Population*

Policy Acceptance Study (Höhn/Avramov/Kotowska 2007) hinweisen, in welcher der Ertrag des DIALOG-Projektes umfassend dargestellt wird.

3 Erklärungsansatz und Hypothesen

Ausgangspunkt unserer Untersuchungen bildet ein *Modell dynamischer Interdependenzen* (Fux 2002, 2007). Nach dieser Leitvorstellung, die in der Tradition von Fishbein und Ajzen anzusiedeln ist (Cliquet 1992; Fux et al. 1997), stellen die sozialstrukturellen und kulturellen Ressourcen (Traditionen, Interessenskonstellationen, Werteordnungen) eine Voraussetzung sowohl für das Handeln der Akteure auf der Makroebene (Politikgestaltung), wie auch für jenes der individuellen Akteure (Erwerbsverhalten, familiales Handeln) dar. Anders als einfache Nutzenmaximierungsmodelle, welche direkt von den Ressourcen auf das Handeln schließen, berücksichtigt unser Ansatz zum einen auch die Erwartungen der Akteure bezüglich der Folgen individuellen Handelns ebenso wie jene bezüglich der Auswirkungen politischer Steuerung. Zum anderen trägt er dem Umstand Rechnung, dass sowohl Makro-Akteure als auch Individuen die ‚behavioral outcomes' und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Entwicklungstrends evaluieren.

Anhand dieses allgemeinen konzeptuellen Gerüsts untersuchen wir die *Einstellungen, Erwartungen und Wirkungszusammenhänge* einer flexibilisierungsorientierten Familienpolitik und insbesondere die Frage, wie in ausgewählten europäischen Ländern die Ambivalenz der Flexibilisierung, also die Chancen zur Individualisierung und zum Ausbau der persönlichen Selbstbestimmung dem Risiko der Prekarisierung und der sozialen Exklusion normativ gegenübergestellt wird. Dabei bedienen wir uns einer Differenzierung, die bereits in den 1960er Jahren vom britischen Soziologen David Lockwood vorgeschlagen wurde und heute zum sozialwissenschaftlichen Gemeingut gehört: die Unterscheidung von *System- vs. Sozialintegration* (Lockwood 1964). Während Systemintegration die Integration des Systems einer Gesellschaft als Ganzheit bezeichnet, meint Sozialintegration die Inklusion der Akteure in soziale Systeme (vgl. Esser 2000).

„Whereas the problem of social integration focuses attention upon the orderly or conflictful relationships between actors, the problem of system integration focuses on the orderly or conflictful relationships between parts of a social system" (Lockwood 1964: 245).

Auf die konzeptionellen Unschärfen (vgl. dazu Vogelgesang 2003), die unterschiedlichen Verwendungsweisen des Begriffspaares (vgl. u.a. Esser 2000; Giddens 1992; Habermas 1981) oder Lockwoods eigene Weiterentwicklung der Dichotomie (Sozialintegration; Lockwood 1999) können wir hier nicht detailliert eingehen. Anstatt dessen verwenden wir die beiden Kategorien rein heuristisch und reichern sie mit dem Konzept der Individualisierung an. Dar-

unter verstehen wir sowohl die kulturelle Identitätsbildung als auch die Konsolidierung der strukturellen Position von individuellen Akteuren.

Mit anderen Worten: Indem zwischen der Mikro-Makro-Achse einerseits und der System-Lebenswelt-Achse (Habermas 1981) andererseits unterschieden wird, lassen sich bezüglich flexibilisierungsorientierten Politiken grundsätzlich *drei Motivlagen* differenzieren. Flexibilisierung kann erstens als Instrument der Individualisierung interpretiert werden. Zweitens lässt sich Flexibilisierung als Mechanismus zivilgesellschaftlicher Integration auslegen und drittens kann Flexibilisierung als Strategie zur Systemintegration aufgefasst werden. Wenn Flexibilisierung im ersten Fall der Optimierung persönlicher Handlungsspielräume dient, tangiert sie im zweiten Fall das lebensweltliche Beziehungsgefüge und orientiert sich beispielsweise an der Harmonisierung von Gender- oder Generationenbeziehungen. Im dritten Fall zielt Flexibilisierung auf die Verbesserung des gesellschaftlichen Systems insgesamt. Alle drei Motive sind jeweils zweiwertig. So kann die Individualisierung auch eine Erhöhung von Stress- und Anomieerfahrungen verursachen. In der sozialintegrativen Perspektive kann Flexibilisierung interpersonale Konflikte schüren und damit zur sozialen Exklusion beitragen und in systemintegrativer Optik kann sie als Faktor der Prekarisierung perzipiert und beurteilt werden.

Die in das System dynamischer Interdependenzen involvierten Akteure, also einerseits die Individuen und andererseits die systemischen Akteure (Regierungen oder hier die im Rahmen der Delphi-Studie befragten Experten) beurteilen und gewichten die drei Pole dieses Motivlagengefüges vor dem Hintergrund der kontextuellen Rahmenbedingungen respektive ihrer individuellen Ressourcenlagen jeweils unterschiedlich.

Vor diesem konzeptuellen Hintergrund analysieren wir die Evaluationen flexibilisierungsorientierter Politiken in dreierlei Hinsicht: Erstens soll geprüft werden, ob die Evaluation von Flexibilisierungsmaßnahmen durch die Experten (Delphi) mit den Bewertungen der befragten Personen (IPPAS-Surveys) kongruiert oder ob sich die Beurteilungen der beiden Akteure signifikant unterscheiden. Zweitens untersuchen wir, ob die Bewertungen politikfeldspezifisch variieren. Werden Flexibilisierungspolitiken, die einerseits an SeniorInnen und andererseits an Paare/Familien adressiert sind, unterschiedlich begutachtet? Drittens erklären wir die Länderunterschiede in der Bewertung der Flexibilisierungspolitiken und ihrer Folgen anhand der Surveydaten.

Konkret sollen folgende *Hypothesen* geprüft werden:

1) Geht man von der Annahme aus, dass sowohl die Agenten der Flexibilisierungspolitik repräsentiert durch die Experten wie auch die Bevölkerung durch die gleichen länderspezifischen strukturellen Konditionen und kulturellen Wertordnungen geprägt sind, und erwägt weiter, dass politische Akteure bei der Politikgestaltung auf ‚Support' durch die Wählerschaft angewiesen sind, kann bezüglich der Gewichtung der drei Motive

für eine Flexibilisierung eine *Übereinstimmung zwischen den Akteursgruppen* postuliert werden.

2) Flexibilisierung erfährt vorab in zwei Lebensabschnitten eine besondere Aktualität. Während der Familienphase, wenn Paare infolge familialer Verpflichtungen über die Art der Partizipation am Erwerbsleben einen Konsens finden müssen, manifestiert sich Flexibilisierung als eine Frage, welche mit der unterschiedlichen Gewichtung von Familieninteressen, Selbstverwirklichungsbedürfnissen und der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zusammenhängt. Sodann akzentuiert sich die Flexibilisierungsfrage auch im höheren Erwerbsalter (flexibler Übertritt in die Verrentung, Altersteilzeitarbeit). In dieser Phase werden Sicherheitsinteressen (Rentenfinanzierung), zivilgesellschaftliches Engagement und persönliche Aktivierungsbedürfnisse (Aspekt der Selbstverwirklichung) virulent. Bezüglich der länderspezifischen Gewichtung von system- und sozialintegrativen und individualisierenden Motiven kann eine *Isomorphie zwischen den beiden Politikfeldern* vermutet werden.

Die folgenden Hypothesen beziehen sich ausschließlich auf die familienpolitisch motivierte Flexibilisierungspolitik sowie auf Survey-Befunde.

3) Unter den Prämissen unseres Erklärungsansatzes lassen sich die untersuchten Länder einerseits hinsichtlich ihres Modernisierungsgrades und andererseits ihrer strukturellen Performanz (Fortschrittsachse) differenzieren. Gestützt auf motivationstheoretische Argumente (Maslows Bedürfnishierarchie) dürfte Individualisierung erst dann relevant werden, wenn fundamentale strukturelle Bedürfnisse gesättigt sind. Entsprechend lässt sich die Hypothese formulieren, dass differenzielle Formen der Flexibilisierung (z.B. Harmonisierung von Beruf und Familie bei Männern vs. bei Frauen) in den modernisierten Ländern homogener beurteilt werden, respektive, dass in *strukturschwachen Ländern Maßnahmen zur Harmonisierung von Beruf und Familie für Männer eher irrelevant sind*.
4) Aufgrund derselben Argumente kann man annehmen, dass strukturschwache Länder eher Maßnahmen zur Erwerbspartizipation von Frauen präferieren, während *mit dem Modernisierungsgrad die Gleichstellungsdimension (Harmonisierungspolitik) in den Vordergrund rückt*.
5) Beim Vergleich von Flexibilisierungspolitik i.e.S. und Förderung von Teilzeitstellen erwarten wir, dass der Wunsch nach Teilzeitjobs in strukturell schwachen Ländern größeren Anklang findet, respektive dass die *Akzeptanz von Flexibilisierungspolitiken i.e.S. positiv mit dem Modernisierungsgrad korreliert*.
6) In Abgrenzung zur dritten Hypothese dürften in stärker modernisierten Ländern die jeweiligen Adressaten (Männer, Frauen oder Mütter) infolge von Gruppenegoismen (z.B. Paschaeffekt) die jeweiligen *Flexibilisie-*

rungspolitiken differenzierter evaluieren als das in der Vergleichsgruppe der Fall ist.

7) Bezüglich der potenziellen Auswirkungen flexibilisierungsorientierter Familienpolitik untersuchen wir Effekte auf das reproduktive Verhalten. Dabei postulieren wir einerseits, dass *mit dem Modernisierungsgrad eines Landes* die *Skepsis gegenüber natalistischen Effekten zunimmt. Andererseits gehen wir davon aus,* dass sich bestenfalls *marginale fertilitätssteigernde Wirkungen* (Vergleich von beobachteter und konditionaler Gesamtfertilität) nachweisen lassen.
8) *Flexibilisierungsmaßnahmen sollten hingegen hinsichtlich der Rollenteilung effektiv sein.* Vor allem in strukturschwachen Ländern sollte eine entsprechende Familienpolitik sowohl den Zwang zur Wahl eines dualen Modells (beide Partner vollzeitlich erwerbstätig) als auch den zwangsweisen Ausschluss von Frauen aus dem Erwerbsleben reduzieren.
9) Bezüglich der Prioritäten für einen Ausbau flexibilisierungsorientierter Politiken erwarten wir, dass der Ruf nach Flexibilisierung i.e.S. mit dem Modernisierungsgrad signifikant zunimmt.

4 Befunde

Die Ergebnisse der Delphi-Studie erlauben in einem ersten Analyseschritt die Prüfung der Frage, in welchen Bereichen die Experten flexibilisierungspolitischen Handlungsbedarf orten und wie sie ihn begründen. Es sind im Wesentlichen zwei Problemlagen, welche in deren Optik zukünftig zu einer Akzentuierung der Flexibilisierung beitragen: einerseits die demographische Alterung und andererseits die Gleichstellungsfrage im Verein mit der anhaltend tiefen Fertilität.

4.1 Flexibilisierungspolitiken für Seniorinnen und Senioren

Veränderungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung, namentlich die Erhöhung der Alterslastquote, stehen einerseits in einem direkten Zusammenhang mit der Sicherung der Altersvorsorge. Andererseits verweist die Differenzierung der Rentnerbevölkerung in ‚junge Alte' und Hochbetagte auf ein Potenzial, das einen Beitrag zur Entschärfung der Rentenfinanzierungsproblematik leisten könnte. Entsprechend stößt der thematische Komplex: demographische Alterung – Aktivierung (Flexibilisierung) – Altersvorsorge bei den befragten Experten auf ein starkes Interesse.

In der Mehrzahl der Länder wird dem Thema ‚active ageing' (OECD 1998; WHO 2002) also den aktivierungsorientierten Politiken für das Seg-

ment der immer ‚healthier' and ‚wealthier' werdenden (Avramov/ Maskova 2003) ‚jungen Alten' eine zentrale Bedeutung zugemessen. Nur in Belgien, Deutschland, Ungarn und Zypern wurde kein Konsens über die Relevanz dieses Themenfeldes erzielt. Die politischen Strategien jener Länder, die dem Thema einen hohen Stellenwert einräumen, unterscheiden sich indes sehr stark. In der Mehrzahl der Länder erscheint Aktivierung als gleichbedeutend mit der partiellen Einbindung der Senioren ins Erwerbsleben und wird somit mit Flexibilisierung assoziiert. Während in einigen Ländern (A, CS, I, CH) die Förderung von Teilzeitstellen für junge Rentnerinnen und Rentner in den Vordergrund gerückt wird, plädieren andere (NL, EST, A, PL) eher für den Abbau von Hürden, welche der Erwerbspartizipation von Personen dieses Alterssegmentes im Wege stehen. Flexible Erwerbsarrangements für Senioren erweisen sich zwar als die am häufigsten genannte Aktivierungsstrategie. Diese wird aber ergänzt durch die Förderung lebenslangen Lernens, so insbesondere in einigen nord- und osteuropäischen Ländern (SF, LIT, EST, H). Eine starke Zustimmung erfährt auch das sozialintegrative Motiv. Die Stimulierung sozialer Partizipation ‚junger Alter' in Form eines Ausbaus der Freiwilligenarbeit (z.B. Bürgerengagement, Nachbarschaftshilfe, Kinderbetreuung, Mentoring/Coaching) wird vorab in katholisch geprägten und konfesionell gemischten Ländern (I, PL, SLO, CH, NL, CS, RU) stärker präferiert. Im Vergleich zu diesen flexibilisierungsrelevanten Politiken finden Strategien, welche den Ausbau des Freizeitangebotes und/oder der medizinischen Dienste respektive der Gesundheitserziehung ins Zentrum stellen, weniger Beachtung.

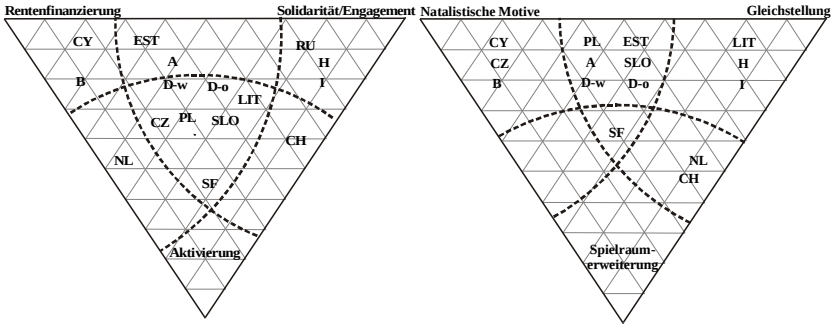
In der Mehrzahl der Länder unseres Samples (also auch jenen, welche der Aktivierung der Senioren keine zentrale Bedeutung zubilligen) wird die Arbeitsmarkintegration älterer Menschen mit der Entschärfung der Rentenfinanzierungsproblematik in Zusammenhang gebracht. Vor allem nord- und westeuropäische Staaten (SF, A, D, B, CH, NL, EST, H), sprechen sich für eine Adjustierung respektive Erhöhung des Rentenalters aus. Ferner werden neue Erwerbs- und Zeitmodelle in Erwägung gezogen, so etwa die Flexibilisierung der Rentenaltersgrenze oder der Abbau von Frühverrentungsprogrammen (z.B. B, NL), ferner in einigen osteuropäischen Ländern die Schaffung oder Erweiterung von privaten Rentenversicherungssystemen oder auch die Fortsetzung vollzeitlicher Erwerbsarbeit über die Rentenaltersgrenze hinaus. Im Vergleich zu den arbeitsmartintegrativen Strategien wurden a) die Förderung lebenslangen Lernens (SF), b) die Privatisierung der Altersvorsorge in Form einer vermehrten Verpflichtung von SeniorInnen zu Solidaritätsleistungen (RU, H, I) oder c) die Ausbalancierung der geschlechtsdifferenzierten Arbeitsmärkte respektive die Immigrationspolitik nur vereinzelt als politische Option genannt.

Die erörterten Befunde aus der Delphi-Studie lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass die Flexibilisierungspolitik für SeniorInnen in der

Mehrzahl der Länder mit einer Mischung aus systemintegrativen (Entschärfung der Rentenfinanzierung), sozialintegrativen und individualisierenden Motiven (Aktivierung) begründet wird. Im nachstehenden Ternary plot (Grafik 1) zeigt sich das in der vergleichsweise großen Schnittfläche zwischen den drei Dimensionen. Die qualitativen Daten der Delphi-Studien zeigen weiter, dass in stärker modernisierten Ländern (z.B. SF) individuelle Motive stärker gewichtet werden. Ferner wird in Ländern mit einer flexiblen Verrentung (z.B. B, NL) die systemintegrative Wirkung einer nachhaltigen Sicherung der Rentenfinanzierung stärker betont. In den katholisch geprägten Ländern wurde hingegen das Motiv der zivilgesellschaftlichen Integration häufiger genannt (RU, H, I, LIT, CH).

Grafik 1: *Motive für Flexibilisierungsmassnahmen (länderspezifische Prioritäten)*

Flexibilisierungpolitik für SeniorInnen *Flexibilisierungspolitik und Familie*



Datenbasis: Delphi (2001-03), eigene Berechnungen. A: Österreich, B: Belgien (Flandern), CH: Schweiz, CY: Zypern, CZ: Tschechische Republik, D-o, D-w: Ost-, Westdeutschland, EST: Estland, H: Ungarn, I: Italien, LIT: Litauen, NL: Niederlande, PL: Polen, RU: Rumänien, SF: Finnland, SLO: Slowenien.

4.2 Flexibilisierungspolitik und Belastungen von Familien

Im Western verliehen die Bildungsexpansion und die steigende Erwerbspartizipation von Frauen dem Thema der gleichstellungsorientierten Familienpolitik seit den 1950er Jahren einen kontinuierlichen Auftrieb, und im Osten stimulierte die mit dem polit-ökonomischen Systemwechsel einhergehende Polarisierung (d.h. Exklusion und ‚Verhausfrauisierung' vs. erzwungene duale Erwerbskarrieren bei Paaren) des Erwerbsverhaltens die Flexibilisierungsdebatte. Die Befunde der Delphi-Studie zeigen deutlich, dass eine vermehrte Integration von Frauen und Müttern, wie sie beispielsweise in den Lissabon-

Kriterien für verbindlich erklärt wurden, mit der Frage der Flexibilisierung verknüpft ist (vgl. Grafik 1, rechts). Entsprechend vermengen sich wiederum öffentliche und private Interessen. In zwölf von 15 Ländern werden flexibilisierungspolitische Instrumente für Paare und Familien als Beitrag zur Sozialintegration (Gleichstellungsmotiv) gedeutet. In zehn Ländern beobachten wir eine Verknüpfung entsprechender Anstrengungen mit systemintegrativen Motiven, wobei sich die Experten von der Flexibilisierung eine Erhöhung der Geburtenziffern erhoffen. Das Motiv einer Ausweitung individueller Handlungsspielräume wird öfter in den stärker modernisierten Ländern ins Feld geführt, sei es als gleichrangiges Element neben den beiden anderen Motiven wie in Finnland oder in der Koppelung mit dem natalistischen Motiv (B, A, D-w) respektive dem Gleichstellungsargument (NL, CH).

Betrachtet man die Präferenzen für spezifische flexibilisierungspolitische Instrumente, stellt man fest, dass in der Mehrzahl der strukturschwachen (ost)europäischen Länder (CS, PL, SLO, H, LIT, CY, D-o sowie I) vor allem die Förderung von Teilzeitstellen begünstigt wird, während die westlichen Länder umfassender für eine Reduktion der Familienlasten und vor allem für eine Flexibilisierung der Erwerbsmuster von Männern plädieren (A, B, D-w, SF, NL, CH). Vereinzelt wird auch die ‚Telematisierung' (CS, SLO) als Flexibilisierungsstrategie genannt.

Die Bewertung von Flexibilisierungspolitiken, die entweder an SeniorInnen oder aber an Familien adressiert sind, weisen bezüglich der Positionierung der einzelnen Länder ausgeprägte Parallelen auf, wobei die Gewichtung der einzelnen Motive mit einschlägigen regimetypologischen Untersuchungen recht gut übereinstimmt (Fux 2007). Während bezüglich der Flexibilisierung im höheren Alter in der überwiegenden Zahl der untersuchten Länder system-, und sozialintegrative sowie individualisierende Motive kombiniert werden, stellen wir bei der Flexibilisierung in der Familienphase eine stärkere Polarisierung fest. In diesem Sinne muss die Isomorphie-Hypothese relativiert werden. Bestätigt werden kann weiter, dass in beiden Politikfeldern die stärker modernisierten Länder die systemintegrative und vor allem auch individualisierende Flexibilisierungsmaßnahmen stärker gewichten.

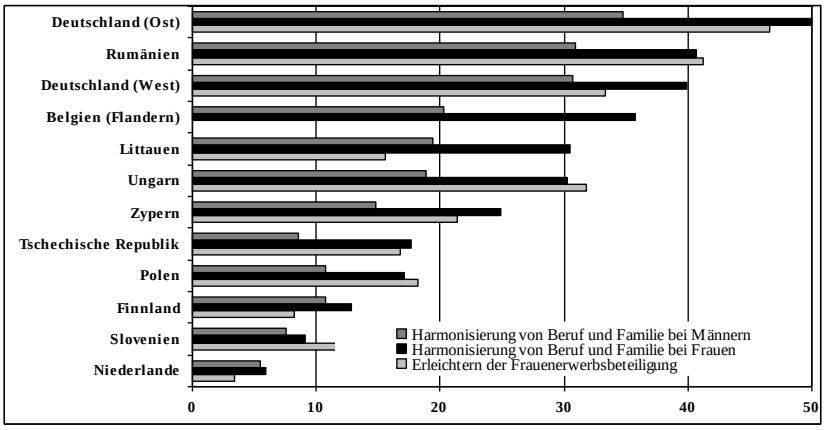
4.3 Beurteilung und potentielle Auswirkungen einer flexibilierungsorientierten Familienpolitik

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf die Bewertung der flexibilisierungsorientierten Familienpolitik durch die betroffene Bevölkerung selber (anhand der IPPAS Datensätze) und prüfen zunächst die Frage, ob Flexibilisierung überhaupt in die Verantwortlichkeit des Staates gestellt wird. Unter neun vorgegebenen Politikfeldern gehören übereinstimmend in allen Ländern 1) die Gesundheitsversorgung, 2) die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für junge

Menschen sowie 3) die Pflege von älteren Menschen zu den Kerngeschäften des Staates. Auf den folgenden Rängen divergieren die Einschätzungen stärker. In den strukturschwächeren Ländern werden auf den folgenden Rängen die Schaffung von angemessenem Wohnraum und die Erleichterung der Frauenerwerbsbeteiligung genannt, während in den westeuropäischen Ländern die Harmonisierungspolitik als öffentliche Aufgabe eingestuft wird. Die Anteile der Befragten, welche den Staat „in hohem Masse verantwortlich" für die drei Aspekte der Flexibilisierung (Frauenerwerbsbeteiligung, Beruf-Familie Harmonisierung bei Frauen respektive bei Männern, vgl. Grafik 2) machen, weisen eine große Streuung auf. Die schwächste Zustimmung beobachtet man in den Niederlanden, Slowenien und Finnland, wo zwischen 5 und 10 Prozent der Befragten den Staat umfassend in die Pflicht nehmen respektive rund ein Drittel der Bevölkerung zu Protokoll gibt, der Staat sei „eher verantwortlich". Auf dem Gegenpol finden wir Ost- und Westdeutschland, Rumänien und Belgien. Dort hält zwischen einem Drittel und rund der Hälfte der Bevölkerung den Staat als „in hohem Masse verantwortlich", respektive für mehr als zwei Drittel der Personen ist er mitverantwortlicher Agent. Im Mittelfeld rangieren Litauen, Ungarn, Zypern, Tschechien und Polen.

Damit zeigen sich zwei deutliche Demarkationen: zum einen jene zwischen Ost und West (Fortschrittsdimension) und im Westen zusätzlich zwischen den konservativen (D-w und B) und den stärker modernisierten Ländern (SF, NL).

Grafik 2*: Bewertung der Rolle des Staates bezüglich Flexibilisierung (Prozentanteil: „Der Staat ist verantwortlich für ...")*



Datenbasis: IPPAS 2005. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen.

Unabhängig davon welches Intensitätsmaß verwendet wird („in hohem Masse“ vs. „eher verantwortlich“) bleibt die Randordnung der Länder weitestgehend gleich. Markante Unterschiede bestehen bezüglich zwei Aspekten, nämlich ob der Staat vor allem die Erwerbsintegration von Frauen erleichtern solle sowie ob er bezüglich der Harmonisierung von Beruf und Familie geschlechtsspezifisch oder -neutral (bei Frauen und bei Männern) vorgehen soll.

In den osteuropäischen Ländern (mit Ausnahme von Litauen) kann entweder ein Überhang bei der Bewertung der staatlichen Verantwortlichkeit („in hohem Masse verantwortlich“) für die Förderung der Frauenerwerbspartizipation im Vergleich mit der Harmonisierung (RU, H, PL, SLO) oder annähernd gleichwertige Beurteilung der beiden Aspekte (CS, D-o, CY,) beobachtet werden. Demgegenüber wird in den stärker modernisierten westeuropäischen Ländern (D-w, [B], SF, NL) die Harmonisierung häufiger als Betätigungsfeld des Staates gesehen.

Die westeuropäischen Länder spalten sich auf in die konservativen, in denen Harmonisierungsbemühungen vor allem bei den Frauen ansetzen sollen (D-w, B), und die moderneren Länder (SF, NL), in denen sowohl eine Harmonisierungspolitik für Frauen wie auch für Männer gewünscht wird.

In eine ähnliche Richtung weisen auch die Ergebnisse, wenn nicht die Verantwortlichkeit des Staates, sondern der *Bedarf nach einzelnen Maßnahmen* untersucht wird (Grafik 3 und 4)[1]. Zwischen den beiden Analysedimensionen besteht eine positive Korrelation von r=.60, wobei tendenziell Ungarn und Zypern als Ausreißer mit überproportional hoher Zustimmung beim Wunsch nach Flexibilisierungsmaßnahmen gelten können.

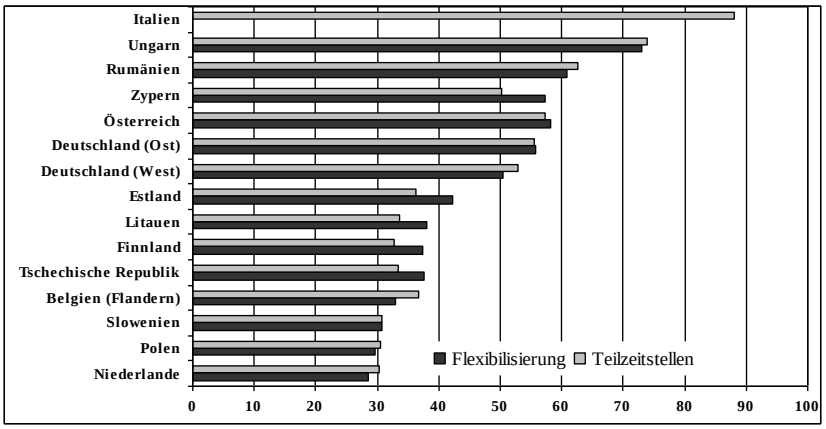
Die Zustimmung („sehr dafür“) zur Flexibilisierung sowie zur Schaffung von Teilzeitstellen für Eltern variiert zwischen 30% und 88% (Teilzeitstellen, I) bei Mittelwerten um 44%. Starke Zustimmung erfahren die Maßnahmen in I, H, RU, CY, A, D-o und D-w, während die Anteile in den übrigen westeuropäischen NL, B, SF und einigen osteuropäischen Ländern (PL, SLO, CS, LIT, EST) kleiner ausfallen. In EST, LIT, SF, CS und CY werden darüber hinaus Flexibilisierungsmaßnahmen für dringlicher eingeschätzt als Teilzeitstellen.

Ein zentraler Unterschied in der Bewertung der beiden politischen Maßnahmen wird in Grafik 4 ersichtlich, wo die Spannweite und die relative Position von Flexibilisierung und Teilzeitjobs dargestellt sind. Unabhängig vom Zustimmungsgrad rangieren in allen westeuropäischen Ländern beide Instrumente an den obersten Positionen, während sie in den strukturschwächeren Ländern von anderen Maßnahmen übertroffen werden. Anders ausgedrückt: Insbesondere in den stärker modernisierten Ländern wird Flexibilisierungsanstrengungen höchste Priorität beigemessen.

---

1 „Sind Sie dafür, dass die Maßnahme x eingeführt wird“ mit fünf Antwortstufen: starke Zustimmung bis starke Ablehnung, die Liste der erfragten Maßnahmen findet sich als Fußnote zur Grafik 4).

Grafik 3: *Bewertung flexibilisierungsorientierter Maßnahmen*



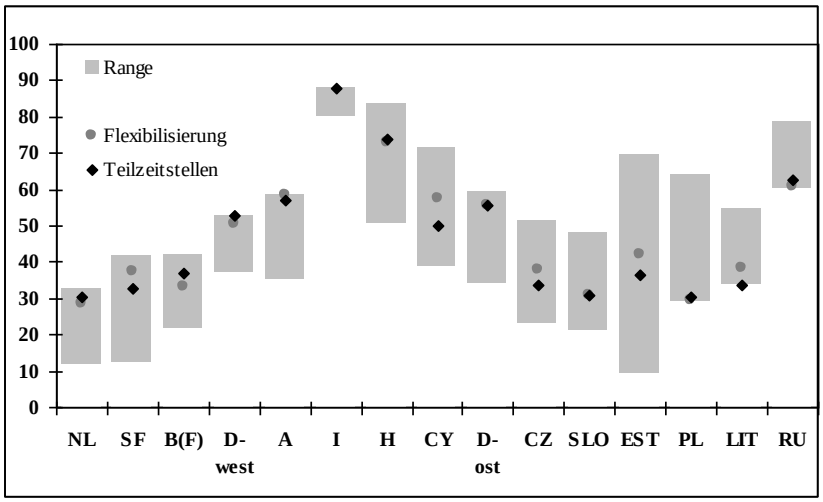
Datenbasis: IPPAS 2005, Anteil „in hohem Masse verantwortlich". Eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse. (Item Flexibilisierung wurde in Italien nicht erfasst.)

Ein weiterer signifikanter Unterschied in der Beurteilung flexibilisierungsorientierter Familienpolitik tritt zutage, wenn die Ausbauwünsche nach Geschlecht und Elternschaft differenziert werden (Grafik 5 und 6). Zwar kann beobachtet werden, dass in allen Ländern durchgängig Mütter häufiger als Frauen und diese wiederum häufiger als Männer einen Bedarf nach Flexibilisierungsmaßnahmen und nach mehr Teilzeitstellen anmelden. Nur in Slowenien sind die ermittelten Anteile bei den Frauen leicht höher als jene der Mütter.

Das Ausmaß geschlechts- und elternschaftsspezifischer Differenzen variiert indes in einigen Ländern beträchtlich. Stark ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den am stärksten von den Instrumenten Betroffenen Müttern und der männlichen Bevölkerung in Finnland, gefolgt von Deutschland, Belgien und Österreich. Sowohl bezüglich des Ausmaßes wie auch der Reihenfolge der Länder gilt dies für Flexibilisierungsmaßnahmen und die Schaffung von Teilzeitstellen gleichermaßen. Zwei Argumente lassen sich hinsichtlich einer Erklärung dieses Befundes ins Feld führen: In erster Linie dürfte der potentielle Nutzen, insbesondere in Richtung einer Erweiterung der persönlichen Handlungsspielräume für Frauen und vor allem für Mütter markant größer sein. Anders ausgedrückt: Gruppenegoistische Interessen dürften einen Effekt zeigen, insbesondere dann, wenn fundamentalere Bedürfnisse durch einschlägige Politiken bereits abgedeckt sind, was für sämtliche westeuropäische Länder zutrifft. Ausnahmen wären demzufolge die Niederlande und Italien, wo die Differenzen schwächer sind. Für Finnland kann darüber hinaus in Rechnung gestellt werden, dass dieses Land traditionell eine Vollzeiter-

werbsbeteiligung der Frauen kennt, was sich in einer strukturkonservativen Bewertung von flexiblen und Teilzeitbeschäftigungen bei Männern zeigt.

Grafik 4: *Flexibilisierungsorientierte Maßnahmen im Kontext der Familienpolitik (Prozentanteil zustimmender Antworten)*

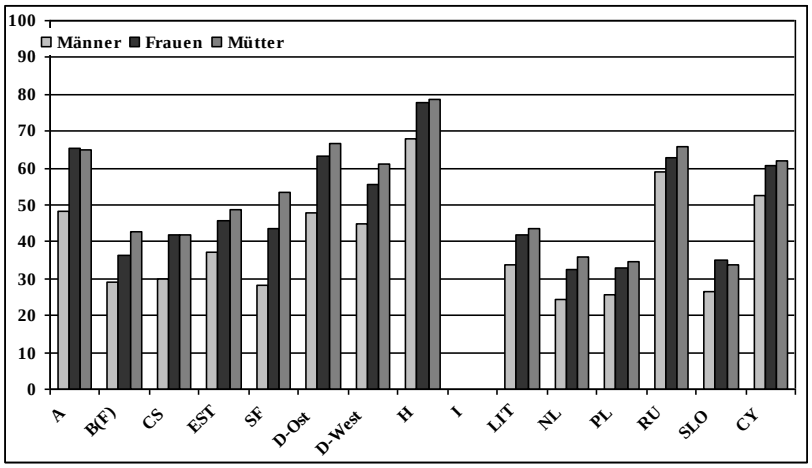


Datenbasis: IPPAS 2005, gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen. Unter Spannweite (Range) verstehen wir die Streuung zustimmender Antworten bei allen Items dieser Batterie, also: a) Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub, b) Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder, c) Bessere Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern <3, d) Bessere Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter, e) Einkommensabhängige Zuschüsse für Familien mit Kindern, f) Finanzielle Zuschüsse bei der Geburt eines Kindes, g) Finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die sich um ihre Kleinkinder kümmern möchten, h) Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat, i) Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter, j) Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern, k) Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern, l) Eine starke Verringerung der Ausbildungskosten, m) Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern.

Fasst man die Befunde zur Bewertung der Rolle des Staates im Feld der flexibilisierungsorientierten Familienpolitik sowie die Evaluation der Bedürfnisse zusammen, lässt sich festhalten, dass die diesbezüglichen Hypothesen durch die Daten gestützt werden. So lässt sich belegen, dass die stärker modernisierten Länder Maßnahmen zur Harmonisierung von Beruf und Familie, die sich an Männer richten, häufiger nennen (H3), weiter, dass das Gleichstellungsmotiv in dieser Ländergruppe höher bewertet wird (H4). Die Ergebnisse zeigen sodann, dass in den strukturschwächeren Ländern die Erwerbsintegration von Frauen über die Schaffung von Teilzeitjobs im Vergleich zur Flexibilisierung bevorzugt wird (H5). Zudem kann hier die differenzielle Nutzen-

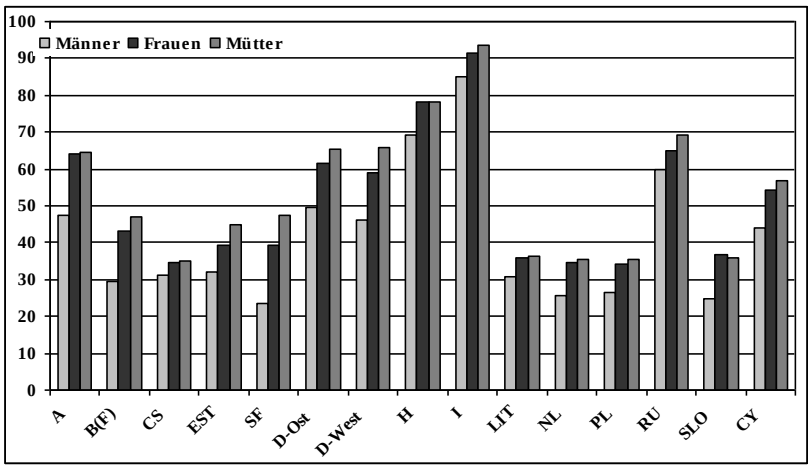
evaluation, die sich in ausgeprägten geschlechts- und elternschaftsspezifischen Unterschieden äußert (H6), bestätigt werden.

Grafik 5: *Bewertung der Förderung von Flexibilisierungsmaßnahmen nach Geschlecht und Elternschaft (Anteil starke Zustimmung)*



Datenbasis: IPPAS 2005, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse.

Grafik 6: *Bewertung der Förderung von Teilzeitbeschäftigungen nach Geschlecht und Elternschaft (Anteil starke Zustimmung)*



Datenbasis: IPPAS 2005, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse.

Im folgenden Analyseschritt wenden wir uns *potenziellen Auswirkungen einer flexibilisierungsorientierten Familienpolitik* zu. Zwei Effekte stehen dabei im Zentrum des Interesses: 1) natalistische Wirkungen und 2) die Reduktion strukturell erzwungener Formen der Rollenteilung zwischen Partnern.

Die Begründung von Flexibilisierungsmaßnahmen als *Mittel zur Stimulierung der Geburtenrate* ist ein geläufiges Argument im politischen Diskurs. Die IPPAS-Daten erlauben eine differenzierte Analyse des Sachverhalts, weil zum einen verschiedene mögliche Wirkungsweisen explizit erfragt wurden:

1) belastungsreduzierende Effekte („Die Einführung der gewünschten Maßnahmen erleichtert die Realisierung des persönlichen Kinderwunsches“),
2) Timing-Effekte („Diese würden es mir ermöglichen, mein erstes/nächstes Kind früher zu bekommen“),
3) die Überprüfung bisheriger reproduktiver Entscheide („Ich würde es mir noch einmal überlegen, ob ich nicht doch ein (weiteres) Kind möchte“) und
4) die Wahrscheinlichkeit von Verhaltensmodifikationen („Ich würde mich wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden“).

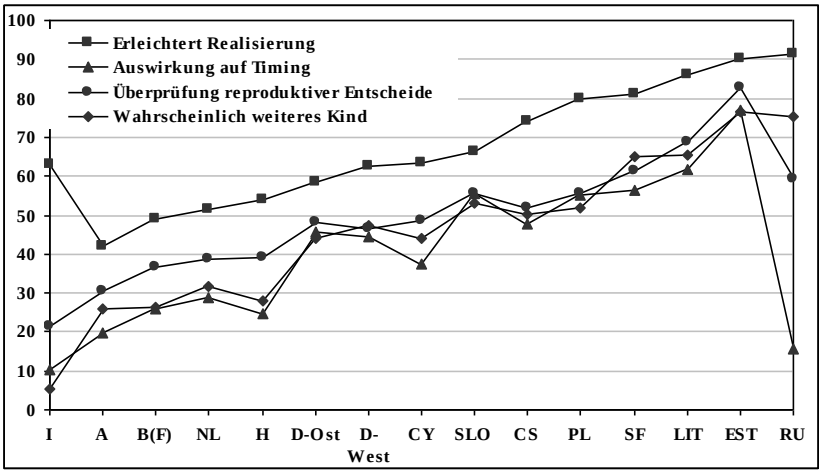
Zum anderen lässt sich mit den vorliegenden Daten sowohl die hypothetische Gesamtfertilität als auch die konditionale hypothetische Gesamtfertilität berechnen. Unter der hypothetischen Gesamtfertilität verstehen wir die realisierten plus intendierten Geburten, welche unter Verweis auf Fishbein und Ajzen (1975) als guter Prädiktor des tatsächlichen Verhaltens gelten können. Die konditionale hypothetische Gesamtfertilität meint hingegen die Gesamtzahl der Kinder unter der Bedingung, dass die gewünschten Maßnahmen tatsächlich realisiert würden.

Betrachtet man die antizipierten Effekte (Grafik 7), wie sie von den Befragten zu Protokoll gegeben wurden, zeigt sich bei allen vier Wirkungsweisen ein deutlicher West-Ost-Gradient. In den westeuropäischen Ländern vermutet rund ein Drittel der Befragten Auswirkungen auf die Fertilität. In den osteuropäischen Ländern sind es mehr als zwei von drei Personen. Ein Ausreißer stellt Finnland dar, wo ebenfalls rund 60% der Bevölkerung positive Folgen für die Geburtenziffer erwarten. Der Anteil zustimmender Antworten auf das Item: „die Implementierung der gewünschten Politik würde die Realisierung der geplanten Kinder erleichtern“ liegt in allen Ländern jeweils etwa 20 Prozentpunkte höher. Die drei anderen Fragen weisen vergleichbare Proportionen auf.

In der Grafik 8 werden die realisierten Kinder und die intendierten weiteren Geburten als Säulen wieder gegeben. Die Ergebnisse sind durchgängig etwas höher als in der amtlichen Statistik, wobei die Rangfolge der Länder den Geburtenziffern öffentlicher Quellen entspricht. Die Implementierung der gewünschten Familienpolitik führt in allen Ländern zu einer Erhöhung der konditionalen hypothetischen Gesamtfertilität. Gleichwohl ist festzuhalten,

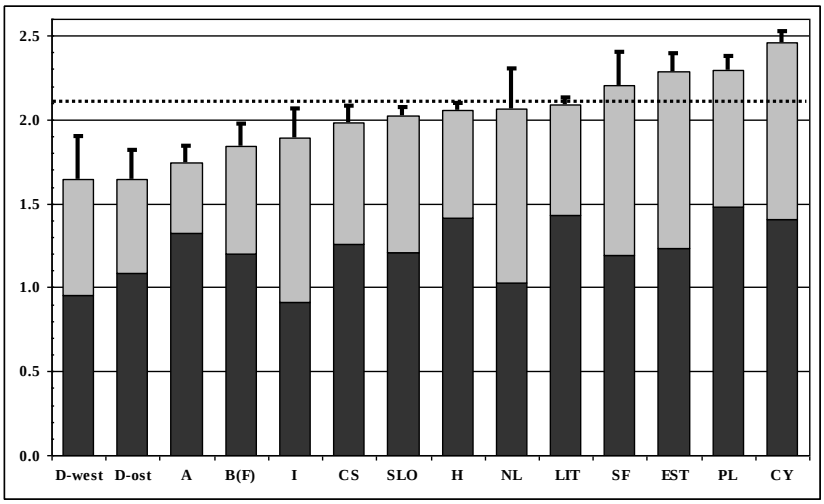
dass sich die Bruttozunahme dieser Geburtenziffer im Schnitt aller Länder auf 6.5% beläuft. Überdurchschnittliche Zuwächse weisen D-w, NL und SF auf, von denen die ersten beiden Länder bei der direkten Frage zu den eher skeptischen gehören. Nur in fünf Ländern würde gemäß dieser Kalkulation das Niveau der Bestandserhaltung (TFR = 2.1) erreicht werden.

Grafik 7: *Antizipierte Wirkungsweisen der gewünschten Politik auf das reproduktive Verhalten (Prozentanteile)*



Datenbasis: IPPAS 2005, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse. Frage: „Wenn die Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben?“

Grafik 8: *Erwarteter natalistischer Effekt familienpolitischer Steuerung*



Datenbasis: IPPAS 2005, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse. Für die Länder wurde die hypothetische Gesamtfertilität (realisierte plus intendierte Geburten) zur konditionalen hypothetischen Gesamtfertilität (unter der Bedingung, dass die gewünschten Maßnahmen eingeführt würden) in Beziehung gesetzt.

Wir stufen diese Modellrechnung natalistischer Effekte insgesamt als eher optimistisch ein, weil es sich beispielsweise bei einem Teil der intendierten zusätzlichen Kinder eher um vorgezogene Geburten handeln dürfte und weil ferner vermutet werden kann, dass situationsabhängige Faktoren (z.B. Scheidungen, Gesundheitsprobleme) deren Zahl zusätzlich verringern dürfte. Selbst wenn mit allfälligen Mitnahmeeffekten gerechnet wird, die sich jedoch nicht beziffern lassen, folgern wir, dass der geburtenstimulierende Effekt der Familienpolitik relativ bescheiden ausfällt.

Vergleicht man die möglichen Effekte in einem zweiten Bereich, nämlich der Arbeitsteilung bei Paaren (vgl. Grafik 9), dann beobachten wir Differenzen, die sich im Durchschnitt aller Länder auf rund 19% belaufen[2]. Mit Ausnahme der Niederlande genießt das Teilzeitmodell in allen Ländern eine hohe Akzeptanz. Ein beträchtlicher Anteil der Paare, die aktuell entweder eine traditionelle Rollenteilung oder ein duales Modell leben, will entsprechend sein Arrangement verändern. Hieraus lässt sich schließen, dass eine wichtige Funktion der flexibilisierungsorientierten Familienpolitik in der Reduktion

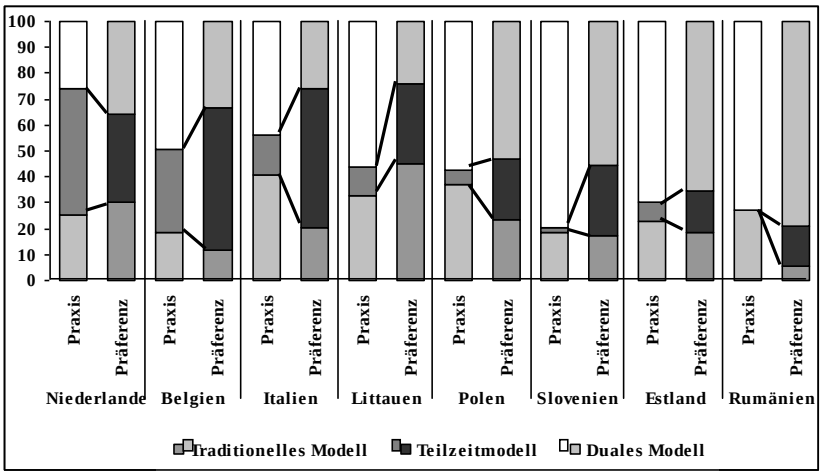
2 Bei diesen Vergleichen verfügen wir nicht über gleichermaßen differenzierte Daten und gehen deshalb von den Differenzen zwischen dem praktizierten Modell und den entsprechenden Präferenzen aus.

von Belastungen zu suchen ist, mit denen Paare in ihrem Alltag konfrontiert sind.

Eine solche entlastende Funktionsweise dürfte sowohl mit einer Erweiterung der individuellen Handlungsspielräume assoziiert sein als auch die Sozialintegration von Paaren und Familien begünstigen. Mit anderen Worten: Es kann postuliert werden, dass Flexibilisierungsmaßnahmen zwar demographisch relativ wirkungsarm bleiben, dass sie jedoch gleichwohl als Pushfaktor für den Prozess der Modernisierung gehalten werden. Ein solch weit reichender Wirkungszusammenhang lässt sich mit den verwendeten Daten zwar nicht detailliert prüfen. Jedoch zeigen die Prioritäten, die von den Befragten bezüglich des weiteren Ausbaus der Familienpolitik geäußert werden (vgl. Grafik 10), dass diese Form der Flexibilisierung eine hohe Wertschätzung genießt.

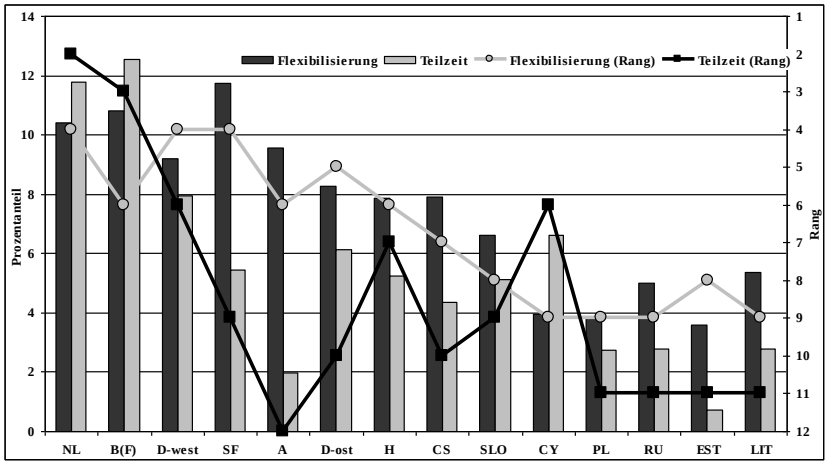
Die Förderung von Teilzeitstellen wird im Westen heterogen beurteilt. In Ländern mit hohen Teilzeitquoten (B, NL) erreicht dieses Instrument höchste Prioritätsränge, während in solchen mit einer tiefen Teilzeitquote (A, SF) anderen Strategien der Vorrang gegeben wird. Demgegenüber wird der Flexibilisierung, welche den Interessen von Familien entgegenkommt, in allen modernisierten Ländern nach den fiskalpolitischen Erleichterungen und finanziellen Beihilfen (Elterngeld, Kinderzulagen) die größte Dringlichkeit zuerkannt. Auch in den wirtschaftlich stärkeren osteuropäischen Ländern (D-o, H, CS, SLO) genießt die Flexibilisierung eine relativ hohe Priorität.

Grafik 9: *Auswirkung der flexibilisierungsorientierten Familienpolitik auf die Arbeitsteilung von Paaren (Diskrepanz zwischen praktiziertem und präferiertem Modell)*



Datenbasis: IPPAS 2005, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse.

Grafik 10: *Priorität der Implementierung von Massnahmen zur Flexibilisierung sowie Förderung von Teilzeitstellen (Anteil und Rang)*



Datenbasis: IPPAS 2005, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse. Frage: „Nennen Sie die Maßnahmen, die an erster oder zweiter Priorität von der Regierung realisiert werden sollten."

5 Fazit

Wir haben in diesem Beitrag sowohl anhand von qualitativen wie auch quantitativen Daten dokumentiert, dass die gesellschaftliche Bewertung von flexibilisierungsorientierten Sozialpolitiken vor dem Hintergrund eines komplexen Motivationsgefüges erörtert werden kann. Die insgesamt konsistenten Befunde stützen unsere Hypothesen und belegen einerseits, dass sowohl die politischen Akteure wie auch die Bevölkerung die Ambivalenzen erkennen, welche mit der Flexibilisierung einhergehen (z.B. Risiko der Prekarisierung). Andererseits meinen wir mit unseren Auswertungen zeigen zu können, dass die sozialintegrativen und individualisierenden Motive, welche mit der flexiblen Ausgestaltung des Erwerbslebens ebenso assoziiert sind, insgesamt für zugkräftiger gehalten werden. Mit anderen Worten: Sowohl in späteren Lebensabschnitten (Verrentung) als auch in der Familienphase erfährt eine Sozialpolitik, welche zur Erweiterung der individuellen und familialen Handlungsspielräume beiträgt, eine hohe Wertschätzung. Selbst wenn der direkte instrumentelle Nutzen dieser Form politischer Steuerung (z.B. natalistischer Effekt) eher gering ist, wird das durch indirekte Effekte (z.B. Begünstigung der Gleichstellung und individuellen Selbstbestimmung) aufgewogen.

Literatur

Avramov, D./Maskova, M. (2003): Active Ageing in Europe. Strassburg: Europarat.

Avramov, D./Cliquet R. (2005): International Population Policy Acceptance Survey (IPPAS) Codebook. Bruxelles (http://www.bib-demographie.de/ ppa/Main.htm).

Avramov, D./Cliquet R. (2007): From Population Policy Acceptance Surveys to the International Database. In: Höhn, Ch./Avramov, D./Kotovska, I. (Hrsg.), People, Population Change and Policies: Lessons from the Population Policy Acceptance Study, 1. Berlin: Springer, 19-46.

Cliquet R.L. et al. (1992): The 1991 Fertility and Family Survey in Flanders, Framework and Questionnaire. CBGS Werkdocumenten Nr. 82. Brussels: CBGS.

Esser, H. (2000): Soziologie. Spezielle Grundlagen (Band 2): Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Fishbein, M./Ajzen, I. (1975): Belief, Attitude, Intention an Behavior: An Introduction to Theory and Research. Massachusetts, Menlo Park et al.: Addison-Wesley.

Fux, B. (1994): Der familienpolitische Diskurs. Eine theoretische und empirische Analyse über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie. Berlin: Duncker & Humblot.

Fux, B. et al. (1997): Bevölkerung - und eine Prise Politik. Die schweizerische Migrations-, Familien- und Alterspolitik im Fadenkreuz von Einstellungen und Bewertungen. Zürich: Seismo.

Fux, B. (2002): Which Models of the Family are En- or Discouraged by Different Family Policies? In: Kaufmann, F.-X. et al. (Hrsg.), Family Life and Family Policies in Europe, II: Problems and Issues in Comparative Perspective. Oxford: Clarendon Press, 363-418.

Fux, B. (2007): Pathways of Welfare and Population Related Policies: Towards a Multidimensional Typology of Welfare State Regimes in Eastern and Western Europe. In: Höhn, Ch./Avramov, D./Kotovska, I. (Hrsg.), People, Population Change and Policies: Lessons from the Population Policy Acceptance Study, 1. Berlin: Springer, 61-96.

Giddens, A. (1992): Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/Main, New York: Suhrkamp.

Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Höhn, Ch./Avramov, D./Kotovska, I. (Hrsg.) (2007): People, Population Change and Policies: Lessons from the Population Policy Acceptance Study, 1/2. Berlin: Springer.

Keller, B./Seifert, H. (2000): Flexicurity – Das Konzept für mehr soziale Sicherheit flexibler Beschäftigung. In: WSI-Mitteilungen, 5: 291-300.

Lockwood, D. (1964): Social Integration and System Integration. In: Zollschan, George K./Hirsch, Walter (Hrsg.), Explorations in social change. London: Routledge and Kegan, 244-257.

Lockwood, D. (1999): Civic Integration and Social Cohesion. In: Gough, I./Olofsson, G. (Hrsg.), Capitalism and Social Cohesion. Houndmills: Macmillan, 63-84.

Palomba, R. et. al. (2005): Comparative Delphi Report. Summary Policy Implications of the Dephi Study, IRP Working Paper No. 1,. Rom: IRP.

Palomba, R./Dell'Anno P. (2007): 2030: Another Europe? Results from the Policy Delphy Study. In: Höhn, Ch./Avramov, D./Kotovska, I. (Hrsg.), People, Population Change and Policies: Lessons from the Population Policy Acceptance Study, 2. Berlin: Springer, 101-118.

Seifert H. (Hrsg.) (2005): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt/Main: Campus.

Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag.

OECD (1998): Towards an Employment-Centred Social Policy, Employment Outlook. Paris: OECD.

OECD (1999): Employment Outlook. Paris: OECD.

Vogelgesang, J. (2003): Medienentwicklung, Mediennutzung und soziale Integration in den neuen Bundesländern. SoFid Kommunikationsforschung, 2: 8-26.

WHO (2002): Active Ageing – A Policy Framework. UN-World Assembly on Ageing. Madrid: WHO.